

1244/J XXI.GP

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Helmut Dietachmayr  
und Genossen  
an die Frau Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen  
**betreffend freie Wahl der Krankenversicherung**

Im August 2000 wurde von Ihrem Staatssekretär Dr. Waneck wieder davon gesprochen, daß die derzeitige solidarische Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht ersetzt werden sollte. Angeblich soll eine Expertengruppe ab kommendem Jahr diese Frage prüfen.

Es ist eigenartig, daß Sie in der Antwort (XXI. GP. - NR 363/AB, 14.04.2000 zu 400/J) auf meine bereits zu diesem Thema erfolgten parlamentarischen Anfrage geantwortet haben, daß die Einführung einer Versicherungspflicht nicht zur Diskussion steht.

Es entsteht dadurch der Eindruck, daß Ihr Staatssekretär offenbar keine Ahnung von Ihrer Position zu diesem Thema hat oder Ihre Antwort auf meine Anfrage einfach unrichtig war.

Da die FPÖ zu diesem so wichtigen Thema permanent die Meinung ändert und Ihr Staatssekretär entgegen Ihrer Antwort die freie Wahl der Krankenkassen anstrebt, ist es höchste Zeit, daß eine endgültige und verbindliche Klärung erfolgt.

Im Sozialbereich hat es schon in diesem Jahr unter Ihnen als FPÖ Sozialministerin wesentliche Verschlechterungen im Sozialbereich gegeben. Beispielsweise sei erwähnt die Anhebung der Rezeptgebühr, die Einführung der Ambulanzgebühren, die geplante Anhebung des Behandlungsbeitrages, die Kürzung des Krankengeldbezuges auf 52 Wochen für Schwerstkranke, die Selbstbehalte für "psychologische Diagnostik", usw.. Mit dem Plan die Versicherungspflicht statt einer Pflichtversicherung einzuführen, geht die Regierung den nächsten und wesentlichsten Schritt zu einer Zwei - Klassenmedizin.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen die nachstehende

**ANFRAGE**

1. Haben Sie in Ihrer Antwort (XXI. GP. - NR 363/AB, 14.04.2000 zu 400/J) zu meiner damaligen Anfrage betreffend „Ersatz der solidarischen Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht“ - in der Sie die Einführung der Versicherungspflicht ausgeschlossen haben - bewußt die Unwahrheit gesagt?  
Falls ja, warum?  
Wenn nein, wie werten Sie die Aussagen Ihres Staatssekretärs über die Einführung der Versicherungspflicht?

2. Aufgrund der widersprüchlichen Meldungen und Aussagen in den letzten Wochen ist es höchste Zeit, daß Sie als verantwortliche Ministerin klarstellen, ob Sie tatsächlich das Ziel haben, die freie Wahl der Krankenversicherung einzuführen. Streben Sie die Einführung der Versicherungspflicht statt der solidarischen Pflichtversicherung an? Falls ja, ab wann und warum?
3. Wie soll Ihr Modell der freien Wahl der Krankenkassen konkret aussehen?
4. Nur wenn Privatversicherungen Frauen nicht diskriminieren, Angehörige kostenlos mitversichern, für die Behandlung jeder Erkrankung aufkommen, jeden Versicherungswilligen mit Angehörigen und auch chronisch Kranke ohne Voruntersuchung zu gleichen sozialen Bedingungen aufnehmen müssen, die Prämien ein gleicher fixer Prozentsatz des Einkommens sind und damit bei Einkommensverlust niedriger werden sowie die Privatkrankenversicherungen einnahmenseitig nicht über und leistungsseitig nicht unter den Pflichtversicherungen liegen, würde tatsächlich ein freier Wettbewerb mit annähernder Chancengleichheit zwischen Pflicht - und Privatversicherung vorliegen. Wollen Sie diesen Weg gehen? Falls nein, warum nicht?
5. Private Versicherungen bevorzugen erfahrungsgemäß Junge, Gesunde, Besserverdiener und Männer. Übrig bleiben: Familien, Ältere, Frauen, Risikogruppen (wie Bauarbeiter, Bergarbeiter, etc.) chronische Kranke und Menschen mit niedrigem Einkommen. Sie müssen sich ihre Krankenversicherung teuer erkaufen oder mit einem schlechteren Leistungsangebot der privaten Versicherungen begnügen. Wie wollen Sie im Falle der Versicherungspflicht diese negative Entwicklung verhindern?
6. Durch hohe Versicherungsprämien der Privatkrankenversicherungen werden viele Menschen finanziell überfordert. In den USA haben aus diesem Grund über 6 Mio Menschen überhaupt keine Krankenversicherung und 40% der Bevölkerung keine gesicherte Krankenversorgung. Wie wollen Sie den Österreichern garantieren, daß diese amerikanische Entwicklung für unsere Bevölkerung ausgeschlossen wird?
7. Die FPÖ kritisiert immer wieder die Kosten die der Verwaltungsapparat der Krankenversicherungen verursacht und strebt aus diesem Grund auch eine Zusammenlegung mancher Versicherungen an.  
Welche Krankenversicherungen sollen wann zusammengelegt werden?  
Ist es richtig, daß die konkurrierenden Privatversicherungen viel Geld für Werbung ausgeben und die Verwaltungskosten der Privatversicherungen in Wahrheit viel höher sind, als die der gesetzlichen Versicherungen?
8. Erfahrungen aus Deutschland zeigen: Selbstbehalte steigen, Leistungen werden gekürzt. Ältere Menschen, sozial Schwache, chronisch Kranke, Behinderte und Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Personen mit einem erblich bedingten höheren Erkrankungsrisiko kommen in leistungsschwächere Versicherungen oder müssen höhere Prämien zahlen. Werden Sie sich am deutschen Modell orientieren und wie wollen Sie diese negative Entwicklung, wie sie in Deutschland stattgefunden hat, für Österreich ausschließen?
9. Viele entscheidende Fragen sind noch völlig unklar. Wie soll etwa im Falle einer Versicherungspflicht die Spitalsfinanzierung künftig erfolgen oder wie wird der Arbeitgeberanteil bei der Krankenversicherung geregelt?